

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Gunter Böttcher, Christoph de Vries, Ronald Dittmer, Constance Manzke, Joseph Ilcin, Matthias Lloyd, Kathrin Zühlsdorf, Nikolaus Haufler, Helmut Bier, Andrea Brost, Martin Damaszek, Hans Gelien, Peter Herkenrath, Stefan Ilcin, Christian Lamberti, Hinrich Stroh und Cyrus Zahedy (CDU)**  
**vom 18.02.2009**

**Betr.: Öffentliches Anhörverfahren zu einem Jugendzentrum für Schwule und Lesben in Hamburg-Mitte – Neufassung der Drucksache 19/332/08 vom 16.12.2008**

Der Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen dem CDU Landesverband Hamburg und Bündnis 90 / Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL, sieht im Kapitel "VI. Vielfalt in der Stadt" zum Themenkreis "Schwule und Lesben" Folgendes vor: "Nach Evaluation der bestehenden Beratungsangebote wird die Einrichtung eines Jugendzentrums zur Beratung jugendlicher Schwuler angestrebt. Die wichtige Arbeit des Magnus-Hirschfeld-Centrums und der Junglesbeneinrichtung 'Intervention' werden unterstützt."

Der interfraktionelle Antrag von SPD und GAL „Glad to be gay – Jugendzentrum für Schwule“ vom 25.11.2008, eingebracht im Hauptausschuss, sieht hingegen vor, Fakten zu schaffen, ehe überhaupt von den bezirklichen Gremien die Evaluation der bestehenden Beratungsangebote erörtert worden ist.

Anstatt plakative Signale nach Außen zu senden, sollte derzeit im Vordergrund stehen, fundierte Grundlagenarbeit zu ermöglichen, um eine breite gesellschaftliche und politische Akzeptanz für die hier zugrunde liegende wichtige Fragestellung zu schaffen. Denn nur so kann ein derartiges Projekt auch ein Erfolg werden.

Daher sollte die Bezirksversammlung auf Antrag der Mitglieder der CDU-Fraktion zur Frage, ob und in welcher Form ein schwul-lesbisches Jugendzentrum nach Hamburg-Mitte kommen soll, ein Öffentliches Anhörverfahren gem. Nr. 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte (alter Fassung) durchgeführt werden.

Zu diesem Öffentlichem Anhörverfahren sollen insbesondere die Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtteilen St. Pauli sowie St. Georg eingeladen werden. Insbesondere an Schulen und in Jugendeinrichtungen auch außerhalb der vorgenannten Stadtteile von Hamburg-Mitte sollen Einladungen (Flugblätter, Aushänge, Stellschilder) veröffentlicht werden.

Die CDU-Fraktion empfiehlt gem. § 13 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte vom 03.02.2009: Als Experten sollen eingeladen werden: Michael Schilf (magnus-hirschfeld-centrum), ein Vertreter des BEFAH (Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen), ein Vertreter des Instituts für Lehrerfortbildung, ein Vertreter der Einrichtung "Intervention", ein Vertreter des Jugendnetzwerkes Lambda Nord e.V. und ein Vertreter der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

In diesem Zusammenhang sollte die zuständige Behörde die bisherigen Ergebnisse zur Evaluation der bestehenden Beratungsangebote und zur Notwendigkeit eines Jugendzentrums im Bezirk Hamburg-Mitte für jugendliche Schwule und Lesben im Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit vorstellen.

Vor diesem Hintergrund haben die o.g. Mitglieder der Bezirksversammlung gem. Nr. 14. Absatz 1 der Geschäftsordnung (alte Fassung) ein Anhörungsverfahren beantragt, das die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte mehrheitlich abgelehnt hat. Diese Beschlussfassung wurde vom Bezirksamtsleiter gerügt. Die Korrektur hierzu muss durch das Beschluss fassende Gremium selbst erfolgen. Daher hat - abweichend von § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte vom 03.02.2009 - die korrigierende Beschlussfassung auf den Altantrag nach der Geschäftsordnung alter Fassung in der Bezirksversammlung zu erfolgen.

Die Bezirksversammlung möge daher gem. § 13 der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte vom 03.02.2009 für den Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit beschließen:

Die Bezirksversammlung führt durch den Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit ein öffentliches Anhörungsverfahren zur Einrichtung eines Jugendzentrums mit speziellem Angebot für Schwule und Lesben durch. Dies wird kurzfristig geschehen.